

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP
— Drucksache 9/1157 —

GLOBAL 2000

A. Problem

Im Hinblick auf den Bericht GLOBAL 2000 und die darin getroffenen Feststellungen soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- eine Reihe von Fragen zu prüfen und darzustellen,
- Beratungsgremien von Parlament und Regierung zu bitten, in ihren Gutachten die in GLOBAL 2000 aufgezeigten weltweiten Gefahren und Entwicklungstrends zu berücksichtigen und
- an der Stärkung des Problembewußtseins in der Bevölkerung mitzuwirken, damit wichtige strukturelle Entscheidungen im demokratischen Konsens möglich werden.

B. Lösung

Annahme des Antrages unter Ausweitung und Terminierung der von der Bundesregierung erbetenen Überprüfungen und Darstellungen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert sicherzustellen, daß zur Prüfung der in Nummer 5 des Antrages genannten Fragen keine neuen bürokratischen Organisationen errichtet werden.

Einstimmigkeit im Ausschuß.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird gebeten,
 - 1.1 die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Bericht GLOBAL 2000 sowie vergleichbaren Studien ergebenden Schlußfolgerungen zu prüfen und darzustellen, was diese für die Bundesrepublik Deutschland selbst sowie für ihre auswärtige und Entwicklungspolitik bedeuten;
 - 1.2 zu prüfen und darzustellen, ob das umweltpolitische und planerische Instrumentarium der Bundesrepublik Deutschland ausreicht, um unsererseits die uns betreffenden langfristigen globalen Gefahren vorzuschätzen und ihnen wirksam zu begegnen;
 - 1.3 zu prüfen und darzustellen, für welche innen-, außen- und entwicklungspolitischen Bereiche sie zusätzliche Handlungsprogramme und -alternativen für erforderlich hält, um den Aussagen in GLOBAL 2000 Rechnung zu tragen; ein möglicher Finanzbedarf ist darzustellen;
 - 1.4 den Sachverständigenrat für Umweltfragen sowie andere mit der Beratung von Parlament und Regierung betrauten Gremien zu bitten, in ihren Gutachten die in GLOBAL 2000 aufgezeigten weltweiten Gefahren und Entwicklungstrends zu berücksichtigen;
 - 1.5 zu prüfen, bei welchen der in GLOBAL 2000 aufgezeigten Entwicklungstrends eine besser koordinierte und wirksamere internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, und sich durch das Einbringen von Vorschlägen und Anträgen dafür einzusetzen, daß für diese Bereiche notwendige Maßnahmen in den kompetenten internationalen Gremien, vor allem aber in der EG, OECD und den zuständigen UN-Gremien unverzüglich in Angriff genommen werden;
 - 1.6 an der Stärkung des Problembewußtseins in der Bevölkerung mitzuwirken, damit wichtige strukturelle Entscheidungen im demokratischen Konsens möglich werden;
 - 1.7 bei ihren Überlegungen angesichts des Bevölkerungswachstums den Problemen der Ernährungssicherung sowie der Erhaltung der Waldressourcen im forstwirtschaftlichen Bereich größte Aufmerksamkeit zu widmen und dies in ihrem Bericht darzustellen;
 - 1.8 zu prüfen und darzustellen, welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer angemessenen wirtschaftlichen Entwicklung zur Lösung der aufgezeigten weltweiten Herausforderungen bestehen;
 - 1.9 sicherzustellen, daß zur Prüfung der unter Nummer 1.5 genannten Fragen keine neuen bürokratischen Organisationen errichtet werden;
 - 1.10 darzulegen, inwieweit die in dem Nachfolgeband „Global Future — Es ist Zeit zu handeln“ enthaltenen Handlungsempfehlungen auch für die Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung sein können;
 - 1.11 Auskunft darüber zu geben, welche Schritte zur Verwirklichung des im Bericht der Nord-Süd-Kommission geforderten Sofortprogramms („Das Überleben sichern“, 1980) bis heute unternommen worden sind;
 - 1.12 zu erläutern, inwieweit bei der Durchführung bilateraler Entwicklungsprojekte der Bundesrepublik Deutschland Umweltgesichtspunkte berücksichtigt werden;
 - 1.13 darzustellen, in welcher Weise die Bundesregierung zur baldigen Aufnahme der geplanten UN-Globalverhandlungen beitragen kann;
 - 1.14 darzustellen, welche Möglichkeiten sie sieht, ein gezieltes Programm für Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen, um die Unterrichtung der Bevölkerung über die globalen Probleme zu fördern und eine breite öffentliche Diskussion einzuleiten.

2. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, ihren Bericht bis zum 30. September 1982 vorzulegen.

Bonn, den 26. Mai 1982

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz

Vorsitzender

Gerlach (Obernau)

Berichterstatter

Frau Dr. Hartenstein

Wolfgramm (Göttingen)

Bericht der Abgeordneten Gerlach (Obernau), Frau Dr. Hartenstein und Wolfgramm (Göttingen)

1. Allgemeines

Der Antrag der Fraktionen der SPD und FDP wurde in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Dezember 1981 an den Innenausschuß federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, den Ausschuß für Forschung und Technologie und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen.

Der Innenausschuß hat den Antrag, durch den die Bundesregierung vor allem aufgefordert wird, im Hinblick auf den Bericht GLOBAL 2000 und die darin getroffenen Feststellungen eine Reihe von Fragen zu prüfen und dazu eine Darstellung abzugeben, in seinen Sitzungen am 24. März und am 26. Mai 1982 beraten und dabei einstimmig die vorgelegte Beschlußempfehlung angenommen.

2. Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse

- 2.1 Der Auswärtige Ausschuß hat die Annahme des Antrages empfohlen.
- 2.2 Der Ausschuß für Wirtschaft hat einstimmig empfohlen, dem Antrag zuzustimmen und dabei folgende Ergänzungen zu berücksichtigen:

Die Bundesregierung werde weiterhin gebeten,

1. zu prüfen und darzustellen, welche Notwendigkeiten und Möglichkeiten angemessenen Wirtschaftswachstums zur Lösung der aufgezeigten weltweiten Herausforderungen bestünden;
2. sicherzustellen, daß zur Prüfung der in Nummer 5 des Antrages genannten Fragen keine neuen bürokratischen Organisationen errichtet würden;
3. das Problembewußtsein und die Bereitschaft zur Mitwirkung an realistischen Problemlösungen in der Bevölkerung zu stärken.

Der Innenausschuß hat die Ergänzungen unter Nummer 1 und 2 in Nummern 1.8 und 1.9 der Beschlußempfehlung berücksichtigt, jedoch von einer Übernahme des dritten Ergänzungsvorschlages abgesehen.

- 2.3 Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag zur Kenntnis genommen und dem Innenausschuß empfohlen, den Antrag um einen Passus zu erweitern, der unter Nummer 1.7 in die Beschlußempfehlung

des Innenausschusses aufgenommen worden ist.

- 2.4 Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat den Antrag einmütig in seinen Grundtendenzen und Zielsetzungen unterstützt.

- 2.5 Die Stellungnahme des Ausschusses für Forschung und Technologie ist — abgesehen von Nummer 1.7 der Beschlußempfehlung — im wesentlichen inhaltsgleich mit der vom Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung. Allerdings hatte der Ausschuß für Forschung und Technologie als Termin bis zur Vorlage des Berichts den 15. September 1982 vorgeschlagen. Der Innenausschuß hat diesen Termin als zu kurzfristig angesehen und daher unter Nummer 2 der Beschlußempfehlung eine Frist bis zum 30. September 1982 vorgesehen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat ferner empfohlen, den Antrag zusammen mit der Großen Anfrage der CDU/CSU zu Tendenzen globaler Entwicklung — Drucksache 9/1158 — und der Antwort der Bundesregierung hierauf — Drucksache 9/1592 — sowie dem Bericht der Bundesregierung zu GLOBAL 2000 im Deutschen Bundestag zu beraten.

- 2.6 Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat

1. den Antrag in seinen Grundtendenzen und in seiner Zielsetzung unterstützt;
2. empfohlen, den Antrag zusammen mit der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zu Tendenzen globaler Entwicklung — Drucksache 9/1158 — und der Antwort der Bundesregierung hierauf — Drucksache 9/1592 — sowie dem Bericht der Bundesregierung zu GLOBAL 2000 im Deutschen Bundestag zu beraten und
3. empfohlen, die Bundesregierung in Nummer 3 des Antrages zu bitten, konkret darzulegen, welche zusätzlichen Aktivitäten sie auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik in Auswertung der Aussagen in GLOBAL 2000 in den Bereichen Bevölkerung, Ernährung, Ressourcen und Umwelt zu entfalten gedenke.

Darüber hinaus hat der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit die vom Innenausschuß in Nummer 1.5 seiner Beschlußempfehlung berücksichtigte Änderung des Antrages vorgeschlagen und ferner empfohlen, in Absatz 2 Zeile 5 des Antrages hinter dem Wort „Ebene“ folgende Einfügung vorzunehmen: „, soweit gegeben,“, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Gefahr einer Bevölkerungsexplosion derzeit auf nationaler Ebene nicht gegeben sei.

3. Bericht der Bundesregierung

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 23. April 1982 den im Rahmen der Beratung des Antrages beteiligten Ausschüssen einen Bericht der Bundesregierung zu GLOBAL 2000 zugeleitet. Darin hat die Bundesregierung zusammenfassend unter anderem ausgeführt, daß trotz gewisser Vergrößerungen und Schwächen im methodischen Vorgehen sowie bei der Datengewinnung die Grundaussage der amerikanischen Globalanalyse selbst von Kritikern im Kern geteilt werde: Es bestehe Übereinstimmung, daß die im Bericht aufgezeigten globalen Entwicklungstendenzen in den Bereichen Bevölkerung, Ernährung, Ressourcen und Umwelt Schlüsselprobleme für die Zukunft der Menschheit darstellten und daß die damit zusammenhängenden unterschiedlichen Entwicklungen in den armen und den reichen Ländern zu großen Spannungen in der Welt führen könnten.

Auch die Bundesregierung teile diese Grundaussage. Sie sei der Auffassung, daß der Bericht zwar wichtige Anstöße nicht zuletzt für eine tiefergehende Erforschung der Zusammenhänge geben könne, für praktisches politisches Handeln gebe er jedoch keine konkreten Empfehlungen. Dies sei auch nicht das Ziel der Verfasser gewesen. Andererseits habe der Bericht in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, daß die drohende Verschärfung der im Grunde bekannten Probleme darin erstmals klar beschrieben werde und daß zu wenig geschehe, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Die Bundesregierung halte es daher für notwendig, in der Öffentlichkeit zu dem Erkenntniswert und zu den Erkenntnisgrenzen der Studie Stellung zu nehmen und zugleich die schon eingeleiteten und im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit noch fortzuentwickelnden Maßnahmen zur Abmilderung bzw. Überwindung der Probleme darzustellen.

Die Bundesregierung sei entschlossen, weiterhin dazu beizutragen, daß die prognostizierten „schein-

baren“ Zwangsläufigkeiten z. B. in der Entwicklung von Bevölkerung und Nahrungsmittelversorgung, im Ressourcenbereich und der Umweltbelastung durchbrochen würden.

4. Zur Beratung im Innenausschuß

Der Innenausschuß hat die in dem Antrag enthaltenen Forderungen und Zielsetzungen nachdrücklich unterstützt und unter Berücksichtigung des Berichtes der Bundesregierung sowie der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zu Tendenzen globaler Entwicklung einstimmig die vorgelegte Beschlußempfehlung als notwendig erachtet, die im wesentlichen die Annahme des Antrages und darüber hinausgehend eine Ausweitung und Terminierung der von der Bundesregierung erbetenen Überprüfungen und Darstellungen enthält. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert sicherzustellen, daß zur Prüfung der in Nummer 5 des Antrages (Nummer 1.5 der Beschlußempfehlung) genannten Fragen keine neuen bürokratischen Organisationen errichtet werden. Der Wortlaut des Antrages selbst wurde in Nummer 5 (Nummer 1.5 der Beschlußempfehlung) dadurch ergänzt, daß nach dem Wort „sich“ die Worte „durch das Einbringen von Vorschlägen und Anträgen“ eingefügt wurden. Dadurch soll die von der Bundesregierung geforderte aktive Rolle unterstrichen werden.

Der Innenausschuß regt ferner in Übereinstimmung mit den Voten der Ausschüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie für Forschung und Technologie an, den Antrag zusammen mit der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zu Tendenzen globaler Entwicklung — Drucksache 9/1158 — und der Antwort der Bundesregierung hierauf — Drucksache 9/1592 — zu beraten und dabei den Bericht der Bundesregierung zu GLOBAL 2000 zu berücksichtigen.

Bonn, den 26. Mai 1982

Gerlach (Obernau)

Frau Dr. Hartenstein

Wolffgramm (Göttingen)

Berichterstatte

